

V e r t r a g

über die Anwendung des Deutschlandtarifs und die Einnahmenaufteilung (VAE)

Dieser Vertrag zwischen der Deutschlandtarifverbund-GmbH (im Folgenden „DTVG“) und den unterzeichnenden Eisenbahnverkehrsunternehmen (im Folgenden: „Verbundunternehmen“) regelt die Anwendung des Deutschlandtarifs und die Aufteilung der Einnahmen aus dieser Anwendung. Er definiert die von der DTVG dafür zu erbringenden Leistungen. Er begründet keine Verpflichtung zur Erbringung von Verkehrsleistungen; diese ergeben sich abschließend aus Verkehrsverträgen zwischen Aufgabenträgern und Verbundunternehmen. Die Vertragspartner bleiben rechtlich selbständige Träger der sich aus Gesetzen, Verordnungen, öffentlich-rechtlichen Genehmigungen und vertraglichen Vorschriften ergebenden Rechte und Pflichten. Durch diesen Vertrag wird keine neue Gesellschaft errichtet.

Erster Teil

Anwendung des Deutschlandtarifs

§ 1

Anwendung des Deutschlandtarifs

- (1) Die Verbundunternehmen verpflichten sich, in Ansehung aller Verkehrsverträge, deren Partei sie sind, oder in Ansehung einzelner oder konzessionierter Verkehrsleistungen, die sie erbringen, innerhalb des definierten Anwendungsbereichs des Deutschlandtarifs zu dessen ausschließlicher Anwendung. Diese Verpflichtung schließt die Anwendung der Tarif- und Beförderungsbedingungen in ihrer jeweils geltenden Fassung ein.
- (2) Der Anwendungsbereich des Deutschlandtarifs umfasst grundsätzlich alle Fahrten im innerdeutschen Schienenpersonennahverkehr, die nicht ausschließlich innerhalb des Anwendungsbereichs eines Landes- oder Verbundtarifes durchgeführt werden. Näheres und Ausnahmen hiervon ergeben sich aus **Anlage 1** (Tarif- und Beförderungsbedingungen des

Deutschlandtarifs). Die Tarif- und Beförderungsbedingungen werden auf der Internetseite der DTVG öffentlich bekannt gemacht. Die Verbundunternehmen gewährleisten eine Verknüpfung, um ihre Bekanntmachungspflicht gemäß § 12 Absatz 6 AEG zu erfüllen.

- (3) Im Rahmen des Deutschlandtarifs bestehen ein sogenanntes Kernsortiment und ein sogenanntes Individualsortiment einschließlich temporär bestehendem Individualsortiment Plus. Das Kernsortiment umfasst alle Angebote, die ausschließlich und einheitlich im Deutschlandtarifverbund angeboten werden, also bundesweit oder Regionen übergreifend eingeführt werden, netzübergreifend oder mit Parallelverkehr gelten. Der aktuelle Stand ist in der **Anlage 2** (Kern- und Individualsortiment) enthalten. Über die Einbeziehung neuer Angebote in das Kernsortiment entscheiden die zuständigen Gremien der DTVG. Das nähere Verfahren ist in der **Anlage 2** (Kern- und Individualsortiment) geregelt.
- (4) Die Verbundunternehmen sind berechtigt, die Angebote des Deutschlandtarifs gemäß den Vorgaben der Tarif- und Beförderungsbedingungen und den von den zuständigen Gremien der DTVG beschlossenen Rahmenvorgaben für den Vertrieb in der jeweils geltenden Fassung zu vertreiben. Diese können auch Vertriebspflichten vorsehen.

Zweiter Teil

Einnahmenaufteilung

§ 2

Aufteilungsmasse

- (1) Die Aufteilungsmasse ist die Gesamtheit aller Bruttofahrgeldeinnahmen des Deutschlandtarifs zuzüglich der Fahrgeldeinnahmen aus Kooperationen.
- (2) Teil der Aufteilungsmasse werden
 - a. Einnahmen aus dem Vertrieb von Fahrtberechtigungen des Deutschlandtarifs,
 - b. auf den Schienenpersonennahverkehr in Deutschland entfallende Einnahmen aus dem Vertrieb von Fahrtberechtigungen, die gemäß einem von allen Verbundunternehmen abgeschlossenen Kooperationsvertrag Bestandteil des Deutschlandtarifs sind,
 - c. Leistungen, mit denen Verbundunternehmen die Anerkennung von Angeboten Dritter auf Grundlage eines abgeschlossenen Kooperationsvertrages abgegolten wird,
 - d. Einnahmen aus im Ausland vertriebenen Fahrtberechtigungen, die auf Basis des internationalen UIC-Datenaustauschs erstellt, abgerechnet und von den Verbundunternehmen zur Fahrt anerkannt werden.
- (3) Nicht Teil der Aufteilungsmasse werden
 - a. das erhöhte Beförderungsentgelt,
 - b. Ausgleichszahlungen aus allgemeinen Vorschriften nach VO EG 1370/2007,

- c. Ausgleichsleistungen nach §§ 228 ff. SGB IX und § 6a AEG oder dessen Nachfolgeregelungen über die Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen des Ausbildungsverkehrs in den Nahverkehrsgesetzen der Länder,
 - d. Verwaltungsgebühren, etwa für Erstattungen und Ausstellen von Ersatzkarten,
 - e. Einnahmen aus der Abgeltung von Leistungen aus Verkehrsverträgen oder Öffentlichen Dienstleistungsaufträgen und sonstigen Vereinbarungen mit Bestellern,
 - f. Zuschüsse zur Rabattierung bestimmter Angebote,
 - g. Sonstige allgemeine und nicht unmittelbar dienstleistungsbezogene Einnahmen.
 - h. Einnahmen aus Angeboten des temporär bestehenden Individualsortiments Plus,
 - i. Fahrgeldeinnahmen aus Tarifen, die nicht unter den Absatz 2 fallen.
- (4) Ausgleichszahlungen, die Aufgabenträger und Verbundunternehmen miteinander in Ansehung finanzieller Auswirkungen des Deutschlandtarifs vereinbaren, bleiben im Rahmen dieses Vertrages unberücksichtigt.
- (5) Ergeben sich sonstige Einnahmen im Anwendungsbereich des Deutschlandtarifs aus der Erbringung von Verkehrsleistungen im öffentlichen Linienverkehr, die weder in Absatz 1 oder Absatz 2 erfasst sind, so nimmt das zuständige Gremium der DTVG nach billigem Ermessen die Zuordnung vor.
- (6) Die Verbundunternehmen verpflichten sich, bei Kombinationsangeboten (Fahrtberechtigung mit nicht beförderungsbezogener Zusatzleistung) die Voraussetzungen gemäß Abschnitt 12.14 Absatz 4 UStAE zu erfüllen. Dazu

sehen die Tarif- und Beförderungsbedingungen (**Anlage 1**) vor, dass der Fahrgast den Beförderungsvertrag mit dem- oder denjenigen Verbundunternehmen abschließt, die ihn auch tatsächlich befördern. Die Kombinationsangebote werden jeweils im Namen und für Rechnung desjenigen Verbundunternehmens oder derjenigen Verbundunternehmen verkauft, das den Fahrgast tatsächlich befördert oder die den Fahrgast tatsächlich befördern. Das befördernde oder die befördernden Verbundunternehmen erhalten Erlösanteile aus der Aufteilungsmasse gemäß Absatz 1. Erfüllen Kombinationsangebote die Voraussetzungen gemäß Abschnitt 12.14 Absatz 4 UStAE nicht, ist das betroffene Verkehrsunternehmen zur unverzüglichen schriftlichen Mitteilung an die DTVG verpflichtet.

- (7) Die Aufteilungsmasse verringert sich, soweit Zahlungsansprüche gegenüber einem Verbundunternehmen oder einer sonstigen Vertriebsinstanz auf Grund von Zahlungsunfähigkeit endgültig uneinbringlich werden.

§ 3

Einnahmenaufteilung

- (1) Von der Aufteilungsmasse werden in einem ersten Schritt diejenigen Einnahmen abgesondert, die aufgrund eines Kooperationsvertrages einem anstoßenden Verkehrsunternehmen im In- und Ausland, einem Fernverkehrsunternehmen oder einem Tarifanwender im In- und Ausland zuzuweisen sind. Diese Anteile werden vorab zugeschieden. In einem Tarifangebot enthaltene Preisbestandteile für Zusatzleistungen im Sinne des § 2 Absatz 6 werden als entsprechender Einnahmenanteil den Verbund- und den anstoßenden Verkehrsunternehmen im In- und Ausland, Fernverkehrsunternehmen oder Tarifanwendern im In- und Ausland vorab zugeschieden, die diese Leistung bei der Beförderung erbracht haben oder die die weitere Verrechnung mit dem Leistungserbringer übernehmen.
- (2) Die nach Absatz 1 verbleibenden Einnahmen aus dem Vertrieb relationsbezogener Fahrkarten werden auf der Grundlage der Vertriebs- und

Angebotsdaten aufgeteilt (vertriebsdatengestützte Einnahmenaufteilung). Die Einnahmen aus dem Vertrieb relationsloser Fahrkarten werden auf der Grundlage von Daten aufgeteilt, die aus Verkehrserhebungen gewonnen werden. Methodik und Ablauf der Einnahmenaufteilung werden ergänzend zu diesem Vertrag in einer Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) geregelt.

- (3) Die gesamte Aufteilungsmasse wird vollständig aufgeteilt. Die Versteuerung samt Zuordnung der jeweils einschlägigen Umsatzsteuersätze obliegt dem jeweils empfangenden Verbundunternehmen.
- (4) Die Verbundunternehmen übermitteln die Vertriebsdaten (Verkaufsdatensätze) nach Möglichkeit täglich, mindestens aber monatlich in dem in der Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) vorgegebenen Format und Turnus elektronisch an die Clearingstelle. Die Verbundunternehmen verpflichten sich, sicherzustellen, dass bei ihnen oder, soweit sie einen Dritten als Dienstleister beauftragen, bei diesem die technischen und personellen Voraussetzungen einer fristgerechten und vertragsgemäßen Mitwirkung erfüllt sind und die zuständigen Beschäftigten als Ansprechpartner der Clearingstelle zur Verfügung stehen.
- (5) Clearingstelle ist die DTVG oder ein von ihr beauftragter und den Verbundunternehmen bekannt gegebener Dienstleister. Die Clearingstelle sammelt die Vertriebsdaten (Verkaufsdatensätze) und die Einnahmen aus Kooperationen und berechnet die Einnahmenanteile bis auf sechs Nachkommastellen. Die Daten werden sechsstellig vorgehalten und bei dem Zahlungsausgleich aufaddiert.
- (6) Die Verbundunternehmen verpflichten sich, soweit es ihnen rechtlich möglich ist, selbst oder durch von ihnen beauftragte Dritte der DTVG die notwendige Unterstützung für die Ermittlung der Einnahmenanteile zu gewähren. Dies schließt einen freien Zugang zu den Verkehrsmitteln zum Zwecke der Durchführung von Verkehrserhebungen und die Bereitstellung der benötigten Daten aus durchgeführten Erhebungen und aus Fahrgastzählsystemen ein. Die Verbundunternehmen verpflichten sich, darauf hinzuwirken,

bestehende rechtliche Hindernisse im Verhältnis zum beauftragenden Aufgabenträger auszuräumen und eine Zustimmung zu erhalten, soweit eine solche notwendig ist. Die Verbundunternehmen sind damit einverstanden, dass die Clearingstelle Fahrplandaten für das Fahrplanauskunftssystem, die ihr vorliegen, für die Zwecke der Einnahmenaufteilung nach diesem Vertrag verwendet.

§ 4

Durchführung der Einnahmenaufteilung und Abrechnung

- (1) Die Aufteilungsmasse nach § 2 fließt in die Einnahmenaufteilung ein. Das befördernde oder die befördernden Verbundunternehmen erhalten aus den Fahrgeldeinnahmen leistungsbezogene Erlösanteile (jeweils Bruttobeträge einschließlich Umsatzsteuer). Dies setzt umsatzsteuerlich voraus, dass der Fahrgast den Beförderungsvertrag mit dem Verbundunternehmen, das ihn tatsächlich befördert oder mit den Verbundunternehmen, die ihn tatsächlich befördern, abschließt (vgl. Abschnitt 12.14 Absatz 4 UStAE). Die Tarifangebote müssen jeweils im Namen und für Rechnung desjenigen Verbundunternehmens, das den Fahrgast tatsächlich befördert oder derjenigen Verbundunternehmen, die den Fahrgast tatsächlich befördern, verkauft werden.
- (2) Die Einnahmenaufteilung erfolgt auf Grundlage der von den Verbundunternehmen und den externen Vertriebsinstanzen und Vertriebsdienstleistern gemäß der Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**), den Rahmenvorgaben der DTVG für den Vertrieb (**Anlage 4**) und den Beschlüssen des zuständigen Gremiums der DTVG, die diese Rahmenvorgaben konkretisieren (§ 10 Absatz 3) gemeldeten Vertriebsdaten (Verkaufsdatensätze) und den gemeldeten Einnahmen aus Kooperationen.
- (3) Die Clearingstelle ermittelt täglich aus den ihr übermittelten Datensätzen nach Absatz 2 nach Abzug der Vorabzuscheidungen die jedem Verbundunternehmen zustehenden Erlöse für jedes von ihnen betriebene Teilnetz (Bündel von Zugfahrten des Nahverkehrs, die im Rahmen eines

Verkehrsvertrages beauftragt sind oder eigenwirtschaftlich betrieben wird) und getrennt nach Zuständigkeitsgebieten der jeweils betroffenen Aufgabenträger. Sie bestimmt im Rahmen einer Aufteilungsrechnung die zu leistenden Ausgleichszahlungen der Verbundunternehmen untereinander.

- (4) Für die Einnahmenaufteilung werden gemäß den in der Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) beschriebenen Verfahren Aufteilungsregeln definiert. Es kommen die jeweils für den Meldezeitpunkt abgestimmten Aufteilungsregeln gemäß Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) zur Anwendung.
- (5) In der Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) werden Mechanismen definiert, die den Verbundunternehmen eine Prüfung der Aufteilungsregeln nach Absatz 4 sowie der Aufteilungsrechnung nach Absatz 3 ermöglichen.
- (6) Maßgeblich für die Zuordnung der Einnahmen und der sich aus der Aufteilungsrechnung ergebenden Erlöse zum Abrechnungszeitraum (Monat) ist der Tag des Eingangs der Meldung bei der Clearingstelle.
- (7) Jedes Verbundunternehmen kann eine Korrekturberechnung beantragen. Über den Antrag entscheidet die DTVG innerhalb eines Monats nach Zugang. Gründe, die eine Korrekturberechnung auslösen können, sind der Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) zu entnehmen. Die zuständigen Gremien der DTVG können Schwellenwerte definieren, die erreicht werden müssen, damit eine Korrekturberechnung ausgeführt wird.
- (8) Eine Korrekturberechnung kann von Verbundunternehmen auch im Rahmen des Widerspruchsverfahrens nach § 7 verlangt werden. Für den Fall, dass eine Korrekturberechnung aufgrund falscher Annahmen des Verbundunternehmens wirkungslos ist oder die Schwellenwerte nach Absatz 7 nicht überschritten werden, kann das zuständige Gremium der DTVG beschließen, dass das Verbundunternehmen, das die Korrekturberechnung verlangt hat, die entstandenen Kosten ganz oder zum Teil übernimmt. Alle Verbundunternehmen erklären mit Unterzeichnung dieses Vertrages, dass sie einer solchen Verpflichtung nachkommen werden.

- (9) Korrekturberechnungen werden innerhalb von drei Monaten nach Feststellung ihrer Notwendigkeit oder bei größeren Anpassungserfordernissen mit entsprechender Priorität entsprechend den technischen Erfordernissen zeitnah ausgeführt. Nach Ausführung der Korrekturberechnungen werden gesonderte Abrechnungen mit Angabe zum Leistungszeitraum, dem die im Rahmen der Korrekturberechnung abgerechneten Leistungen zuzuordnen sind, erstellt (Korrekturabrechnung).
- (10) Die Clearingstelle aggregiert bis zum 15. des Folgemonats die in einem Monat aufgelaufenen Einnahmenmeldungen und ermittelt auf dieser Basis die notwendigen Zahlungsausgleichsbeträge als Monatsabrechnung.
- (11) Die im Rahmen der Monatsabrechnung enthaltenen Zahlungsaufforderungen sind durch die Verbundunternehmen innerhalb eines Zeitraums von 15 Werktagen nach Vorlage der Monatsabrechnung anzuweisen. Verspätete Zahlungen werden gemäß § 288 BGB mit Verzugszinsen belegt. Die Sätze 1 und 2 finden auf Korrekturabrechnungen entsprechende Anwendung.
- (12) Die Kumulation der zwölf Monatsabrechnungen eines Jahres inklusive der für das jeweilige Jahr relevanten Korrekturabrechnungen stellt das Jahresergebnis dar. Die Clearingstelle legt hierzu den Verbundunternehmen die bis zum 30. Juni des Folgejahres aufgelaufenen und aggregierten Ergebnisse eines Jahres (Jahresreport) vor. Dieser Jahresreport dient der Information der Verbundunternehmen und übrigen Vertriebsinstanzen sowie als Grundlage für die jährliche Testierung gemäß Absatz 15. Er begründet keine zusätzlichen Ansprüche oder Verpflichtungen.
- (13) Maßgeblich für die Bestimmung der Einnahmen sind die Verkaufspreise der Tarifangebote zum Zeitpunkt des Verkaufs. Erfolgen Verkäufe zu einem fälschlich niedrigen Preis, ist der Schaden durch die Vertriebsinstanz auszugleichen, der der Fehler zuzurechnen ist. Einer Vertriebsinstanz sind dabei

auch Fehler eines von ihr beauftragten Dritten zuzurechnen. Erfolgt ein Verkauf zu einem überhöhten Preis, wird die Aufteilungsmasse entsprechend vergrößert, soweit die Vertriebsinstanz nicht nachweist, dass sie den überhöhten Anteil erstattet hat.

- (14) Die DTVG wird die Pflichten nach diesem Vertrag, die für die Durchführung der Einnahmenaufteilung erforderlich sind, externen Vertriebsinstanzen und Vertriebsdienstleistern in Vertriebsverträgen entsprechend auferlegen. In den Vertriebsverträgen sind angemessene Sanktionen für die Fälle unzureichender Mitwirkung bei der Datenlieferung vorzusehen. Sofern die DTVG in einem Vertriebsvertrag einer externen Vertriebsinstanz oder einem externen Vertriebsdienstleister das Recht einräumt, sich im Rahmen des Vertriebs eines Dritten zu bedienen, hat sie den Vertragspartner zu verpflichten, diese Pflichten auch dem Dritten aufzuerlegen und entsprechende Verträge der DTVG vorab zur Zustimmung vorzulegen. Die Verpflichtungen der DTVG nach diesem Absatz treffen sinngemäß auch Verbundunternehmen, die aufgrund der Rahmenvorgaben der DTVG für den Vertrieb das Recht haben, sich im Rahmen des Vertriebs eines Dritten zu bedienen.
- (15) Die DTVG ist verpflichtet, den Jahresreport und die Durchführung der Einnahmenaufteilung nach den vertraglichen Regeln jährlich durch einen Steuerberater, einen Wirtschaftsprüfer oder eine Steuerberatungs- oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft prüfen und testieren zu lassen sowie das Testat allen Vertragsparteien zugänglich zu machen. Diese Verpflichtung gilt auch dann, wenn die Funktion der Clearingstelle durch einen Dienstleister wahrgenommen wird; die DTVG hat Dienstleister zu verpflichten, eine Prüfung zu ermöglichen und zu unterstützen.

§ 5

Testierung der Einnahmenmeldungen

- (1) Die Verbundunternehmen haben die in einem Kalenderjahr insgesamt übermittelten Vertriebsdaten und Einnahmen aus Kooperationen auf eigene Kosten durch einen Steuerberater, einen Wirtschaftsprüfer oder eine Steuerberatungs- oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaft auf Grundlage der von der DTVG bereitgestellten Vorlage (**Anlage 5**) prüfen und testieren zu lassen.
 - a.
- (2) Verbundunternehmen, deren gemeldete Einnahmen im vorangegangenen Kalenderjahr 25.000,00 Euro nicht überstiegen haben, müssen das Testat abweichend von Absatz 1 nur auf Anforderung der DTVG übermitteln. Das dann vorzulegende Testat muss alle Kalenderjahre seit Vorlage des letzten Testats abdecken, höchstens jedoch zehn Kalenderjahre. Die Regelungen dieses Absatzes gelten nicht für die Einnahmen des Kalenderjahres 2022.
- (3) Wird ein Testat nicht innerhalb der Frist des Absatzes 2 und auch auf schriftliche Mahnung mit Fristsetzung der DTVG oder des von ihr beauftragten und bekannt gegebenen Dienstleisters vorgelegt oder ergeben sich aufgrund eines vorgelegten Testats begründete Zweifel an dessen Richtigkeit, ist die DTVG berechtigt, auf ihre Kosten eine eigene Prüfung zu beauftragen. Die Kosten werden dem betroffenen Verbundunternehmen in Rechnung gestellt, wenn ein Testat nach Fristablauf und trotz Mahnung nicht vorgelegt worden ist oder die Prüfung ergibt, dass ein vorgelegtes Testat unrichtig ist.
- (4) Werden im Rahmen der Testierungen Korrekturen bei den Einnahmenmeldungen erforderlich, werden diese entsprechend den Regelungen nach § 4 Absatz 7 vorgenommen.

Prüfungsrechte

- (1) Den Verbundunternehmen steht gegenüber der DTVG für ihre Ansprüche aus der Einnahmenaufteilung ein Prüfungsrecht zu. Das Prüfungsrecht erstreckt sich auch auf alle Tatsachen und Unterlagen, die auf Nachweis- oder Kostenerstattungsbasis zu zahlende Beträge dem Grunde oder der Höhe nach belegen. Das Prüfungsrecht erstreckt sich nicht auf Informationen, die Rückschlüsse auf Ansprüche der übrigen Verbundunternehmen zulassen, insbesondere Aufteilungsschlüssel aus der vertriebsdatengestützten Einnahmenaufteilung und Verkehrserhebungsdaten oder -ergebnisse, die nicht das eigene Unternehmen betreffen.
- (2) Die DTVG hat sämtliche Unterlagen und Dateien, die im Zusammenhang mit der Durchführung der Einnahmenaufteilung erstellt oder verwendet werden, für eine Dauer von zehn Jahren zur Einsichtnahme bereitzuhalten.
- (3) Die Prüfung findet am Sitz der DTVG statt, sofern sie sich auf Gegenstände erstreckt, die eine physische Präsenz erforderlich machen.

§ 7

Widerspruch

- (1) Gegen die von der Clearingstelle erstellten Monats- und Korrekturabrechnungen steht jedem Verbundunternehmen ein Recht zum Widerspruch zu. Ein Widerspruch lässt die vertraglichen Verpflichtungen des Verbundunternehmens unberührt, insbesondere sind zu leistende Zahlungen nicht aufgeschoben. Zur Begrenzung der Auswirkungen eines Widerspruchs auf andere Verbundunternehmen und zur Beschleunigung einer Klärung wird die Ausübung des Widerspruchsrechts im Folgenden Einschränkungen unterworfen. Wird nicht ordnungsgemäß Widerspruch eingelegt, so gelten die Abrechnungen mit Ablauf der Frist als akzeptiert.

- (2) Der Widerspruch ist an die DTVG zu richten. Er ist gegen Monatsabrechnungen innerhalb von zwei Monaten nach Ende eines Quartals, in dem der abgerechnete Zeitraum liegt, einzulegen. Die Frist beträgt jedoch mindestens einen Monat nach Zugang der Monatsabrechnung. Er ist gegen Korrekturabrechnungen innerhalb von zwei Monaten nach Zugang der Korrekturabrechnung in Schriftform einzulegen. Maßgeblich für die Einhaltung der Frist ist das Datum des Zugangs.
- (3) Der Widerspruch ist unzulässig, wenn er nicht eine präzise Eingrenzung der angegriffenen Bestandteile der Abrechnung und eine Begründung enthält, aus der hervorgeht, welche Bruttofahrgeeldeinnahmen, Fahrausweisarten, Preisstufen, Vertriebskanäle und Zeiträume betroffen sind. Die nicht vom Widerspruch umfassten Bestandteile der Abrechnung gelten als akzeptiert.
- (4) Die DTVG kann zur weiteren Vereinfachung des Verfahrens die Verwendung eines Formblatts für den Widerspruch vorgeben, wenn sie dieses den Verbundunternehmen bekannt gemacht hat.
- (5) Widersprüche sind von der DTVG innerhalb von zwei Monaten nach Zugang zu prüfen, soweit sie zulässig sind; das Ergebnis der Prüfung ist dem Widersprechenden unverzüglich mitzuteilen. Soweit die im Widerspruch vorgebrachten Einwände begründet sind, ist ihnen in Abstimmung mit den betroffenen Verbundunternehmen abzuhelpen. Nach Herstellung des Einvernehmens über die angegriffene Abrechnung stellt die DTVG die vollständige Genehmigung fest und informiert die übrigen Verbundunternehmen. Die Korrekturabrechnung erfolgt nach § 4 Absatz 7.
- (6) Kann ein Einvernehmen bei der Klärung des Widerspruchs innerhalb von zwei Monaten nach Mitteilung des Prüfungsergebnisses nicht hergestellt werden, wird das Schlichtungsverfahren eingeleitet. Der ordentliche Rechtsweg ist erst nach Abschluss des Schlichtungsverfahrens eröffnet. Die Schlichtungskommission wird von dem zuständigen Gremium der DTVG gewählt und besteht aus fünf sachkundigen Mitgliedern, darunter einem Volljuristen und einem Wirtschaftsprüfer. Die Schlichtungskommission hat

innerhalb von drei Monaten nach ihrer Wahl eine Würdigung des Sachverhalts vorzunehmen und eine Stellungnahme mit Handlungsvorschlag vorzulegen. Die Schlichtungsverfahrensordnung wird als **Anlage 6** zu diesem Vertrag genommen.

§ 8

Vertraulichkeit

- (1) Gemeldete Verkaufs- und Abrechnungsdaten anderer Verbundunternehmen nach diesem Vertrag sind vertraulich zu behandeln, soweit ein Verbundunternehmen von ihnen Kenntnis erlangt. Sie gelten als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und dürfen Dritten einschließlich anderen Verbundunternehmen und deren Beauftragten nicht offengelegt oder anderweitig zugänglich gemacht werden, es sei denn aufgrund einer behördlichen oder gerichtlichen Anordnung. Dies gilt auch, falls zum Zwecke der Vereinfachung der Abrechnungsprüfung die vollständige Offenlegung zwischen den Verbundunternehmen nach deren Zustimmung zugelassen werden soll.
- (2) Die Pflicht zur Vertraulichkeit gemäß Absatz 1 gilt nicht für den Inhalt dieses Vertrages und seiner Anlagen. Verbundunternehmen können durch Erklärung in Textform gegenüber der DTVG erklären, dass auch ein zu benennender Dritter bestimmte Verkaufs- und Abrechnungsdaten dieses Verbundunternehmens erhalten darf. Die DTVG hat sicherzustellen, dass dieser Dritte von gemeldeten Verkaufs- und Abrechnungsdaten anderer Verbundunternehmen keine Kenntnis erlangt.
- (3) Die DTVG ist zur vertraulichen Behandlung der gemeldeten Verkaufs- und Abrechnungsdaten verpflichtet. Absatz 1 Sätze 2 und 3 finden Anwendung. Die DTVG wird, entsprechend dem jeweiligen Stand der Technik, alle notwendigen und wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit der ihr anvertrauten Daten und Informationen ergreifen und über die getroffenen Maßnahmen auf Anforderung der Verbundunternehmen Auskunft erteilen. Dies betrifft insbesondere die technische und

organisatorische Absicherung der elektronischen Datenbanken und aller weiteren vertraulich zu behandelnden elektronisch gespeicherten, gedruckten oder handschriftlich dokumentierten Informationen vor unbefugtem Zugang. Dies beinhaltet auch die Aufklärung der Beschäftigten und der Dienstleister der DTVG über die erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der Vertraulichkeit sowie die Verpflichtung dieser Beschäftigten und Dienstleister zur Einhaltung der Vertraulichkeit, welche durch die DTVG weiter konkretisiert werden kann.

- (4) Die Pflicht zur Vertraulichkeit gemäß Absatz 1 besteht für die Verbundunternehmen und die DTVG fünf Jahre ab Beendigung des Vertragsverhältnisses fort.
- (5) Die DTVG darf Vertragspartnern gemeldete Verkaufs- und Abrechnungsdaten offenlegen oder zugänglich machen, soweit es für die Einnahmenaufteilung und Abrechnung erforderlich ist und diese Prozesse von den Vertragspartnern übernommen werden. Sie wird Vertragspartner in einem den Regelungen dieser Vorschrift entsprechenden Maße zur Vertraulichkeit verpflichten. Sie trägt dafür Sorge, dass Vertragspartnern nur diejenigen Informationen übermittelt werden, die für die Durchführung des zugrunde liegenden Vertragsverhältnisses erforderlich sind.

§ 9

Nicht vertragsgemäße Mitwirkung

- (1) Die DTVG hat jährlich in einer Gesamtübersicht alle Verbundunternehmen und ihre Gesellschafter über die Einhaltung der vertraglichen Verpflichtungen über Datenlieferungen seit dem jeweiligen Eintritt in den Vertrag zu informieren. Dies schließt die Anzahl der Verstöße sowie die Gesamtzahl der Verzugstage seit Aufnahme in diesen Vertrag ein.
- (2) Im Falle der Wiederholung einer nicht vertragsgemäßen Datenlieferung durch ein Verbundunternehmen kann das zuständige Gremium der DTVG

nach schriftlicher Mahnung mit Fristsetzung bis zur vollständigen Einhaltung der vertraglichen Pflichten für das betreffende Verbundunternehmen von dem Erlösanteil einen Anteil von bis zu zehn Prozent, im Falle weiterer Wiederholung innerhalb von zwölf Monaten bis zu 25 Prozent als Vertragsstrafe abziehen. Über die Höhe des Abzugs wird nach pflichtgemäßem Ermessen und unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes entschieden. Der Abzug wird von der DTVG vereinnahmt und senkt gleichmäßig für alle Verbundunternehmen den zu vergütenden Aufwand für die Erbringung der Leistungen gemäß § 10.

- (3) Kosten, die der DTVG infolge einer nicht vertragsgemäßen Datenlieferung entstehen, kann sie ab dem zweiten Wiederholungsfall gegenüber dem Verbundunternehmen als Aufwendungsersatz geltend machen. Der Aufwendungsersatzanspruch besteht verschuldensunabhängig. Die Höhe des Aufwendungsersatzes orientiert sich an dem bei der DTVG regelmäßig entstehenden Mehraufwand und wird nachfolgend pauschal festgelegt. Sie beträgt im Falle eines Verzugs von mehr als zehn Werktagen für jeden Versäumnisfall einmalig 1.000,00 € zuzüglich 500,00 € je angefangener Kalenderwoche, maximal jedoch fünf Prozent des Erlösanteils des jeweiligen Verbundunternehmens im betreffenden Kalenderjahr. Die DTVG ist berechtigt, weitergehende Aufwendungen wie etwa notwendige Kosten für externe Gutachter, Berater oder Rechtsanwälte geltend zu machen. Es bleibt dem Verbundunternehmen unbenommen, den Nachweis zu führen, dass der entstandene Aufwand niedriger ist.
- (4) Ist ein Verbundunternehmen der Ansicht, ein anderes Verbundunternehmen verstoße gegen Vorschriften dieses Vertrages, kann es diese Ansicht der DTVG mitteilen. Das zuständige Gremium der DTVG entscheidet über das Vorliegen eines Vertragsverstoßes. Es hat den betreffenden Vertragsparteien vorab Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist zu geben.

Dritter Teil
Leistungen der DTVG

§ 10
Dienstleistungen der DTVG

- (1) Die DTVG wird mit der Aufteilung der Einnahmen aus der Anwendung des Deutschlandtarifs beauftragt. Dies umfasst
- a. die Erfassung und statistische Aufbereitung der Verkaufsdaten gemäß § 4 Absatz 1,
 - b. die Einnahmenaufteilung, Monats- und Korrekturabrechnungen gemäß § 4 sowie die Übermittlung der Monats- und Korrekturabrechnungen an das jeweilige Verbundunternehmen,
 - c. die Erstellung eines Jahresreports gemäß § 4 Absatz 12 sowie die Übermittlung an das jeweilige Verbundunternehmen,
 - d. Anweisungen an die Verbundunternehmen zur Auslösung der Ausgleichszahlungen,
 - e. die Beauftragung Dritter mit der Erbringung zusätzlicher gutachterlicher oder Beratungsleistungen im Zusammenhang mit den hier verzeichneten Aufgaben,
 - f. die Unterstützung der Verbundunternehmen im Bereich Betreuung und Moderation bei Differenzen hinsichtlich der Einnahmenaufteilung,
 - g. weitere Leistungen, mit denen die DTVG in diesem Vertrag beauftragt wird.
- (2) Die DTVG wird mit der Weiterentwicklung des Deutschlandtarifs beauftragt. Die Weiterentwicklung erfolgt gemäß der im Gesellschaftsvertrag der DTVG

vorgesehenen Zuständigkeiten. Der Auftrag erstreckt sich auch auf die Vertretung der Verbundunternehmen im Rahmen von Tarifgenehmigungsverfahren (§ 11 Absatz 2).

- (3) Die DTVG wird aus abrechnungs- und steuerrechtlichen Gründen mit der Regelung des Vertriebs von Fahrausweisen des Deutschlandtarifs einschließlich Provisionen beauftragt, soweit die Verbundunternehmen Vertriebsrechte innehaben. Vertriebsrechte können ausschließlich gemäß der in den Rahmenvorgaben für den Vertrieb (**Anlage 4**) enthaltenen Vertriebsrechtematrix eingeräumt werden. Die DTVG wird den Verbundunternehmen die Beschlüsse, die die Rahmenvorgaben für den Vertrieb (**Anlage 4**) konkretisieren, in der jeweils aktuellen Fassung über das Internet zum Abruf bereitstellen. Die Verbundunternehmen erklären, diese Beschlüsse jeweils umzusetzen und etwaige Pflichten, die sich daraus für sie ergeben, zu erfüllen. Die Beschlüsse sind mindestens zwei Monate vor Geltungsbeginn bereitzustellen. Auf die Bereitstellung neuer Fassungen sind die Verbundunternehmen in Textform hinzuweisen.
- (4) Soweit Verbundunternehmen kein Vertriebsrecht innehaben, weil sie ausdrücklich nicht mit dem Vertrieb beauftragt worden sind, kann die DTVG abweichend von Absatz 3 nicht durch diesen Vertrag mit der Regelung des Vertriebs beauftragt werden. Die DTVG wirkt darauf hin, durch separate Verträge mit Aufgabenträgern oder mit von diesen beauftragten externen Vertriebsdienstleistern auch für diese Fälle mit der Regelung des Vertriebs beauftragt zu werden und die in Absatz 3 genannten Rahmenvorgaben und Beschlüsse anwenden zu können.
- (5) Die DTVG vertritt die Interessen des Deutschlandtarifverbundes gegenüber Dritten.
- (6) Die DTVG verpflichtet sich zu einer wettbewerbs- und unternehmensneutralen Erledigung der Aufgaben, mit denen sie beauftragt wird. Sie wird die ihr übertragenen Aufgaben für die beauftragenden Verbundunternehmen transparent durchführen und eine transparente Durchführung durch geeignete

Maßnahmen auch sicherstellen, soweit sie sich zur Durchführung Dritter bedient.

- (7) Die DTVG wird beabsichtigte Änderungen von Vorgaben, Fristen und Formblättern, die für das reibungslose Zusammenwirken wichtig sind, mit den Verbundunternehmen abstimmen und dabei Verpflichtungen der Verbundunternehmen aus Verkehrsverträgen berücksichtigen, soweit wirtschaftlich zumutbar.
- (8) Für das in diesem Vertrag geregelte Zusammenwirken von Verbundunternehmen und DTVG im Zusammenhang mit den zu erbringenden Dienstleistungen gilt, dass die Textform, insbesondere eine Übermittlung auf elektronischem Wege (verschlüsselte E-Mail mit Ende-zu-Ende-Verschlüsselung), ausreicht, soweit in diesem Vertrag nicht ausdrücklich etwas Abweichendes geregelt wird.

§ 11

Befugnisse der DTVG

- (1) Die Verbundunternehmen beauftragen und bevollmächtigen die DTVG, im Rahmen der gemäß § 10 zu erbringenden Leistungen in ihrem Namen Verhandlungen über den Abschluss von Kooperationsverträgen, insbesondere über Tarifierkennungen, Provisionen und Ähnliches, mit Dritten zu führen, solche Verträge abzuschließen, abzuändern oder zu beende
- (2) Die Verbundunternehmen beauftragen und bevollmächtigen die DTVG, die Beförderungsbedingungen des Deutschlandtarifs gemäß § 12 Absatz 3 AEG in ihrem Namen zu beantragen und die Verbundunternehmen umfassend gegenüber den Genehmigungsbehörden zu vertreten. Die DTVG wird auch diesen Vertrag im Namen der Verbundunternehmen bei den zuständigen Genehmigungsbehörden gemäß § 12 Absatz 7 AEG anmelden. Die Verbundunternehmen werden die DTVG bei Bedarf bei Antragstellung und Anmeldung unterstützen und alle notwendigen Unterlagen auf eigene Kosten

zur Verfügung stellen. Die DTVG wird damit beauftragt, den Deutschlandtarif in der jeweils aktuellen Fassung auf ihren Internetseiten zu veröffentlichen. Die gesetzliche Bekanntmachungspflicht der Verbundunternehmen bleibt unberührt.

§ 12

Finanzierung der Dienstleistungen

- (1) Die Erbringung der Dienstleistungen gemäß diesem Vertrag wird der DTVG von den Verbundunternehmen vergütet. Die Vergütung bezieht sich auch auf weitere, gegebenenfalls anteilig entstehende externe Kosten wie etwa Gutachterkosten zur Erstellung und Durchführung der Einnahmenaufteilung oder Kosten für eine Testierung der Einnahmenaufteilung oder Kosten der Einschaltung externer Vertriebsdienstleister.
- (2) Die Vergütung wird grundsätzlich von den Verbundunternehmen entsprechend ihrem Erlösanteil im betreffenden Kalenderjahr entrichtet. Eine gesamtschuldnerische Haftung der Verbundunternehmen für die Vergütung der DTVG ist ausgeschlossen.
- (3) Die jährliche Vergütung beträgt für jedes von einem Verbundunternehmen betriebene Teilnetz (Bündel von Zugfahrten des Nahverkehrs, die im Rahmen eines Verkehrsvertrages beauftragt sind oder eigenwirtschaftlich betrieben wird) 2.500,00 € zuzüglich 0,2% des Erlösanteils im betreffenden Kalenderjahr. Sie ist so bemessen, dass sie den voraussichtlich bei der DTVG anfallenden Aufwand für die Bereitstellung der erforderlichen Informationen für den Vertrieb der Deutschlandtarif-Produkte, der Tarifpflege und -entwicklung, der Durchführung der Einnahmenaufteilung – ohne den Aufwand für die relationslosen Tickets –, die Durchführung der Abrechnung aller Tickets und die sonstigen Dienstleistungen der DTVG für die Kooperationspartner abdeckt. Den Aufwand für die Ermittlung der Aufteilungsschlüssel aus relationslosen Tickets (Erhebungen) tragen die Verbundunternehmen.

- (4) Eine vorübergehende oder dauerhafte Erhöhung des der Vergütung zugrunde liegenden Kostenansatzes für die Verwaltung und Durchführung der Einnahmenaufteilung ist nur mit Zustimmung des zuständigen Gremiums der DTVG zulässig. Die Erteilung der Zustimmung ist durch die Geschäftsführung der DTVG vorzubereiten, sobald die Notwendigkeit einer solchen Erhöhung absehbar wird.
- (5) Die Vergütung ist vorab als Abschlagszahlung auf der Basis des gemäß Absatz 3 ermittelten Wertes für das laufende Jahr bis zum 31. Januar an die DTVG zu leisten. Nach Feststellung der Bemessungsgrundlage (Erlösanteil) erfolgt eine Endabrechnung durch die DTVG.

Vierter Teil

Geltung des Vertrages

§ 13

Eintritt in den Vertrag

- (1) Ein Anspruch auf Eintritt in diesen Vertrag besteht für Verbundunternehmen, die im Anwendungsbereich des Deutschlandtarifs Schienenpersonennahverkehr im Sinne des § 2 Absatz 12 AEG betreiben oder nachweisen können, dass sie entsprechende Betriebsleistungen erbringen werden, sofern nicht wichtige Gründe dagegensprechen. Der Anspruch besteht jeweils in Ansehung eines abgeschlossenen Verkehrsvertrages oder einer eigenwirtschaftlich erbrachten Verkehrsleistung. Der Eintritt ist bei der DTVG in Textform zu beantragen.
- (2) Der Eintritt in den Vertrag erfolgt durch Unterzeichnung des Vertragsdokuments. Die Vertragsparteien erklären bereits jetzt ihre unbedingte, unwiderrufliche Zustimmung zum Eintritt weiterer Vertragsparteien. Die DTVG aktualisiert die als **Anlage 7** zum Vertrag zu nehmende Übersicht aller Vertragsparteien und übermittelt sie allen Vertragsparteien nach jeder Änderung.

§ 14

Änderung des Vertrages

Die Vertragsparteien räumen den zuständigen Gremien der DTVG das Recht ein, Änderungen des Vertrages und seiner Anlagen zu beschließen. Die DTVG wird nach Beschlussfassung über eine Änderung die weiteren Vertragsparteien unverzüglich über die Änderung informieren und ihnen die aktualisierten Unterlagen zur Verfügung stellen. Die Vertragsparteien sind bei dieser Gelegenheit auf ihr Kündigungsrecht gemäß § 16 Absatz 2 hinzuweisen.

§ 15**Ausschlusskündigung**

- (1) Die DTVG kann gegenüber einem Verbundunternehmen im Namen aller übrigen Verbundunternehmen infolge eines Beschlusses des zuständigen Gremiums der DTVG in Ansehung eines abgeschlossenen Verkehrsvertrages oder einer eigenwirtschaftlich erbrachten Verkehrsleistung den Ausschluss aus diesem Vertrag in Schriftform erklären (Ausschlusskündigung), wenn
- a. es die nach dem Verkehrsvertrag geschuldeten Verkehrsdienstleistungen im Anwendungsbereich des Deutschlandtarifs nicht nur vorübergehend einstellt, gleich, aus welchem Grund,
 - b. es den Betrieb als Ganzes einstellt oder
 - c. es Zahlungsansprüche der DTVG trotz Fälligkeit und Mahnung in Textform innerhalb einer in der Mahnung gesetzten angemessenen Frist nicht erfüllt.

Die Abwicklung der Ausschlusskündigung erfolgt durch die DTVG. Sie hat die übrigen Verbundunternehmen und den zuständigen Aufgabenträger unverzüglich über eine Ausschlusskündigung zu informieren.

- (2) Die Ausschlusskündigung nach Absatz 1 lässt das Vertragsverhältnis zwischen den übrigen Vertragsparteien sowie im Falle des Absatzes 1 lit. a. auch mit dem betroffenen Verbundunternehmen in Ansehung weiterer Verkehrsverträge oder eigenwirtschaftlich erbrachter Verkehrsleistungen unberührt.
- (3) Die Ausschlusskündigung wird mit Zugang beim Verbundunternehmen wirksam. Ab dem Tag des Zugangs ist das betroffene Verbundunternehmen vom Recht auf Teilnahme an der Einnahmenaufteilung sowie vom Vertrieb von Fahrtberechtigungen des Deutschlandtarifs ausgeschlossen, sofern es vertriebsberechtigt war. Ab dem Tag, an dem die Teilnahme an der

Einnahmenaufteilung endet, ist das betroffene Verbundunternehmen vom Recht auf Anwendung des Deutschlandtarifs nebst den hierzu getroffenen Regelungen im Bereich Vertrieb, Kommunikation, Infrastruktur und Technik sowie Marktforschung ausgeschlossen. Regelungen aus Verkehrsverträgen, Finanzierungszusagen und sonstigen Vereinbarungen zwischen Aufgabenträgern und Verbundunternehmen bleiben hierdurch unberührt. Die Teilnahme an der Einnahmenaufteilung sowie die genannten Anwendungsrechte hierzu bis zu diesem Tag gemäß Satz 3 bleiben hiervon unberührt.

§ 16

Inkrafttreten, Eigenkündigung und Beendigung

- (1) Dieser Vertrag tritt zum 1. Januar 2022 in Kraft. Soweit sich Vertragsregelungen ausdrücklich bereits auf den Zeitraum zwischen Vertragsschluss und dem Ablauf des 31. Dezember 2021 beziehen, tritt der Vertrag mit Unterzeichnung in Kraft. Er wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (2) Jede Vertragspartei kann diese Vereinbarung mit einer Frist von zwölf Monaten zum Jahresende in Textform ohne Angabe von Gründen in Ansehung einzelner oder aller Verkehrsverträge kündigen. Nach einer Vertragsänderung gemäß § 14 verkürzt sich die Kündigungsfrist für Verbundunternehmen auf sechs Monate zum Monatsende. Die Kündigung ist an die DTVG zu richten. Für die Einhaltung der Frist ist der Zugang bei der DTVG maßgebend. Die DTVG setzt die anderen Verbundunternehmen über die Kündigung in Kenntnis.
- (3) Eine Kündigung nach Absatz 2 führt dazu, dass der Vertrag zwischen den übrigen Vertragsparteien oder, wenn sie nur in Ansehung einzelner Verkehrsverträge erklärt worden ist, zwischen diesen und dem Kündigenden im Übrigen fortgesetzt wird. Mit Wirksamkeit der Kündigung endet automatisch die Teilnahme des betreffenden Verkehrsvertrages an der Einnahmenaufteilung.

- (4) Das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Wichtige Gründe sind insbesondere die in § 15 Absatz 1 genannten. Mit der Wirksamkeit der Kündigung endet automatisch auch die Teilnahme des betreffenden Verbundunternehmens an der Einnahmenaufteilung. Die Formvorschrift des Absatzes 2 gilt entsprechend.
- (5) Der Vertrag endet außerdem, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn der Deutschlandtarif nicht mehr in seinem Anwendungsbereich zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses angewendet wird.
- (6) Die Verbundunternehmen sind berechtigt, ihre Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf mit ihnen verbundene Unternehmen gemäß § 15 AktG zu übertragen, ohne dass dies der Zustimmung der übrigen Vertragsparteien bedarf, sofern diese Unternehmen auch Verbundunternehmen sind. Veränderungen in diesem Zusammenhang sind der DTVG frühzeitig, jedoch mindestens drei Monate vor Wirksamwerden der Übertragung, in Textform anzuzeigen. Die DTVG informiert die übrigen Verbundunternehmen daraufhin umgehend. Bei der DTVG hierdurch zusätzlich entstehende Kosten sind durch das betreffende Verbundunternehmen zu tragen.

§ 17

Abwicklung des Ausscheidens oder der Beendigung

- (1) Scheidet ein Verbundunternehmen aus diesem Vertrag aus oder wird der Vertrag mit Wirkung für alle Vertragsparteien beendet, erfolgt die Abrechnung der abschließenden Zahlungsansprüche aus diesem Vertrag durch die DTVG nach dem regulären Verfahren. Unmittelbar nach Ausgleich aller Zahlungsansprüche melden die übrigen Vertragspartner darüber hinaus unverzüglich jeweils in Textform den Ausgleich an die DTVG. Anschließend stellt die DTVG für die übrigen Verbundunternehmen gegenüber dem ausscheidenden Verbundunternehmen in Textform den Abschluss der endgültigen Abrechnung fest. Vertragliche Bestimmungen, die durch diesen Vertrag abgelöst wurden, leben durch die Vertragsbeendigung nicht wieder auf.

- (2) Ist für die nach Absatz 1 fälligen Zahlungen teilweise oder vollständig ein Zahlungsrückstand von mehr als drei Monaten entstanden, stellt die DTVG gegenüber dem betroffenen Verbundunternehmen den vorläufigen Zahlungsausfall fest. Für Zahlungen, gegen die zulässigerweise Widerspruch nach § 7 erhoben wurde, wird diese Feststellung eines vorläufigen Zahlungsausfalls erst nach Abschluss des Widerspruchsverfahrens getroffen. Für den Fall eines vorläufigen Zahlungsausfalls beauftragen die Verbundunternehmen hiermit die DTVG, alle erfolgversprechenden rechtlichen Schritte gegenüber dem betroffenen Verbundunternehmen einzuleiten. Sie verpflichten sich zur anteiligen Kostentragung für diese Maßnahmen. Sind die rechtlichen Schritte ausgeschöpft oder versprechen rechtliche Schritte oder weitere rechtliche Schritte keinen Erfolg, wird die DTVG einen endgültigen Zahlungsausfall feststellen, wenn nicht das zuständige Gremium der DTVG innerhalb eines Monats widerspricht, indem es die DTVG zu weiteren konkret benannten Maßnahmen zur Abwendung eines endgültigen Zahlungsausfalls auffordert.
- (3) Im Anschluss an die Feststellung des endgültigen Zahlungsausfalls wird der bei den übrigen Verbundunternehmen und bei der DTVG insgesamt entstandene Zahlungsausfall im Verhältnis der Erlösanteile gemäß dem testierten Jahresreport des den Zahlungsausfall jeweils betreffenden Jahres durch die übrigen Verbundunternehmen getragen. Die Abrechnung und der Zahlungsausgleich gegenüber den übrigen Verbundunternehmen erfolgen durch die DTVG in einer separaten Korrekturabrechnung innerhalb einer Frist von sechs Wochen. Können nach Feststellung des endgültigen Zahlungsausfalls noch Zahlungen vom säumigen Verbundunternehmen realisiert werden, so werden diese auf Basis einer Abrechnung der DTVG zwischen den übrigen Verbundunternehmen im Verhältnis der Erlösanteile des betreffenden Kalenderjahres aufgeteilt.

Fünfter Teil

Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 18

Übergangsbestimmungen

- (1) Mit Ablauf des 31. Dezember 2021 treten alle bestehenden Regelungen zur Tarifierung und zur Einnahmeverteilung aus Vereinbarungen zwischen den Verbundunternehmen außer Kraft, soweit sie sich auf den Anwendungsbereich des Deutschlandtarifs beziehen. Die Verbundunternehmen beauftragen die DTVG mit der übergreifenden organisatorischen Steuerung der Aufhebung dieser Verträge und ihrer Abwicklung einschließlich einer etwaigen Überführung in den Deutschlandtarif und erteilen ihr insoweit Vollmacht.
- (2) Innerhalb der ersten sechs Abrechnungsmonate nach Inkrafttreten dieses Vertrages kommen die Regelungen des § 9 für das jeweilige Verbundunternehmen nicht zur Anwendung. Innerhalb weiterer zwei Abrechnungsmonate nach Inkrafttreten dieses Vertrages kann die DTVG von den Fristen für die Einnahmeverteilung gemäß § 3 Absatz 4 oder die Einnahmeverrechnung gemäß § 4, jeweils in Verbindung mit der **Anlage 3** (Durchführungsrichtlinie) vorübergehend derart abweichen, dass sie diese jeweils um bis zu sechzehn Wochen verlängert. Die Regelung des § 9 kommt in diesen Zeiträumen nicht zur Anwendung.

§ 19

Teilnahme an der Einnahmeverteilung

- (1) Die Verbundunternehmen, die zum Zeitpunkt, an dem dieser Vertrag in Kraft tritt, Gesellschafter der DTVG sind, erhalten ein Wahlrecht, ob sie ab Tarifstart als aktiver Leistungsträger im Sinne der Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) an der Einnahmeverteilung gemäß diesem Vertrag teilnehmen oder für die verbleibende Laufzeit einzelner Verkehrsverträge als passiver

Leistungsträger im Sinne der Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) darin enthaltene Sonderregelungen in Anspruch nehmen, die auf den Konditionen der bisherigen Tarifkooperationen zwischen ihnen und der DB Regio AG basieren. Die DB Regio AG selbst erhält ein Wahlrecht, ob sie ab Tarifstart ausschließlich an der Einnahmenaufteilung gemäß diesem Vertrag teilnimmt oder für die verbleibende Laufzeit einzelner Verkehrsverträge, die das Erlörisiko ausschließlich oder überwiegend dem Vertragspartner zuweisen, zusätzlich Sonderregelungen in Anspruch nimmt, die sich aus diesen Verkehrsverträgen ergeben. Das Wahlrecht ist jeweils bis zum Ablauf des 20. Dezember 2021 durch Erklärung in Textform gegenüber der DTVG auszuüben. Verstreicht die Frist, ohne dass das Wahlrecht ausgeübt worden wäre, nimmt das Verbundunternehmen an der Einnahmenaufteilung nach diesem Vertrag teil.

- (2) Das Wahlrecht nach Absatz 1 kann nur ausgeübt werden
- a. für zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über diesen Vertrag in der Gesellschafterversammlung der DTVG laufende Verkehrsverträge,
 - b. für Verkehrsverträge, die nach Beschlussfassung über diesen Vertrag in der Gesellschafterversammlung der DTVG, aber vor dem 21. Dezember 2021 abgeschlossen werden,
 - c. für Verkehrsverträge, die nach Beschlussfassung über diesen Vertrag in der Gesellschafterversammlung der DTVG abgeschlossen werden, wenn das verbindliche Angebot auf Abschluss dieses Verkehrsvertrages aber spätestens mit Ablauf des 20. Dezember 2021 vorgelegt werden musste.

Auf Verlangen der DTVG sind die Voraussetzungen des Satzes 1 nachzuweisen.

- (3) Im Falle einer Inanspruchnahme von Sonderregelungen wird der Erlösanspruch des Verbundunternehmens aus der Aufteilungsmasse nach

Maßgabe der diesbezüglichen Regelungen in der Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) erfüllt. Die DTVG kann die Durchführung der Einnahmenaufteilung nach den Sonderregelungen vertraglich Dritten übertragen. Die Pflichten des Verbundunternehmens aus diesem Vertrag bleiben unberührt.

- (4) Die Durchführungsrichtlinie (**Anlage 3**) regelt Möglichkeiten für passive Leistungsträger im Sinne des Absatzes 1 zum Übergang in die aktive Leistungsträgerschaft.

§ 20

Schlussbestimmungen

- (1) Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist der Sitz der DTVG.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, oder sollte sich in diesem Vertrag eine Lücke befinden, so soll hierdurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt werden. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung ist eine solche wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung entspricht. Im Falle einer Lücke ist diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vornherein bedacht. Dies gilt auch dann, wenn die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit einer Bestimmung auf einem in diesem Vertrag normierten Maß der Leistung oder Zeit beruht; in solchen Fällen ist ein dem Gewollten möglichst nahekommendes, rechtlich zulässiges Maß der Leistung oder Zeit anstelle des vereinbarten zu vereinbaren.
- (3) Dieser Vertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit der Anmeldung bei den zuständigen Genehmigungsbehörden (§ 12 Absatz 7 AEG).

Unterschriftenblatt Verkehrsvertrag [XXX] / Eigenwirtschaftliche Verkehrsleistung [YYY]

Hiermit erkläre ich/erklären wir [unter der aufschiebenden Bedingung der Zustimmung der Gesellschafterversammlung der DTVG] für

(Firma des Verbundunternehmens)

in Ansehung des Verkehrsvertrages XXX/der eigenwirtschaftlichen Verkehrsleistung YYY

den Abschluss dieses Vertrages über die Anwendung des Deutschlandtarifs und die Einnahmenaufteilung (VAE)

Ort, Datum

Ort, Datum

Johann von Aweyden, Geschäftsführer
Deutschlandtarifverbund GmbH

Name, Funktion
Verkehrsunternehmen

Anlagen

Anlage 1 zu § 1 Absatz 2 (Tarif- und Beförderungsbedingungen)

Anlage 2 zu § 1 Absatz 3 (Kern- und Individualsortiment)

Anlage 3 zu § 3 Absatz 2 (Durchführungsrichtlinie)

Anlage 4 zu § 4 Absatz 2 (Rahmenvorgaben der DTVG für den Vertrieb –
Vertriebsrichtlinie)

Anlage 5 zu § 5 Absatz 1 (Vorlage Testat)

Anlage 6 zu § 7 Absatz 6 (Schlichtungsverfahrensordnung)

Anlage 7 zu § 13 Absatz 2 (Übersicht aller Vertragsparteien)